es Deutschlands.
g
uchen ging.
Aufzügen
n.
hesterinnenheim.
r ½8 Uhr.
Elisabeth-Verein.
Montag nachmittag
von 3—6 Uhr:
Nähstunde.
Einladung!
ür alle Jünglinge von
bis 23 Jahren aus
t. Georg und Liebfrauen
ndet am Sonntag abend
Uhr im Arbeiterverein
St. Paulus ein
Unterhaltungsabend
statt.
Die Jugendpräses.
Kath. Arbeiterverein
St. Paulus.
ienstag, den 28. Januar,
abends 8 Uhr:
Vorstandssitzung
sammen mit St. Joseph.
Nocke, Kpl.
Carbid,
öhrnig 35/50, in Trom-
in à 100 Kg. hat abzu-
ben
ohann Breitenstein
G. m. b. H.,
Emmerich a. Rh.
Zigarren
Zigaretten
kauft jed. Posten.
Off. u. B. 65 an
die Geschäftsstelle
dieses Blattes.
orsetts
h Maß gearbeitet,
Ersatz und
Friedenswaren.
uch kann zur Anferti-
von den Damen Stoff
liefert werden.
au Schauss,
Nobelstraße 19,
gegenüber der Rentei.
e ein Wunder
bezeitigt
t.-Rat Strahle- Hausseife
en Hautausschlag,
chten, Hautjucken,
nd. Beinschäden,
Krampfadern
r Frauen u. dergl.
rig.-Dos. zu M. 2.25,
a 7.50 erhältl. in der
anten-Apotheke,
in SW. 19, Leipziger
74 (a. Dönhoffplatz)
weres
chlagholz
n verkaufen.
eres in der Geschäfts-
ds. Bl.
ig getragener, feiner
er
enplüschmantel
chwanz), Größe 44
0 Mk. zu verkaufen.
zu erfragen in der
ftsstelle ds. Bl.
Ein junger
zu verkaufen.
Rienhaus, Feldmark,
ingdener Str.

Borkener Volksblatt

Bezugspreis: Durch unsere Geschäftsstelle monatlich 90 Pf., von der Post abgeholt vierteljl. Mk. 2.70, durch die Postboten ins Haus gebracht Mk. 3.12. — Erscheint täglich ausschl. Sonn- und Feiertags.

Allgemeiner Anzeiger für den Kreis Borken

Wirksames Anzeigenblatt des westlichen Münsterlandes

Verlag Joh. Büscher, Borken, Hl. Geiststraße 242. Druck von J. & A. Temming, Bocholt.

Anzeigenpreis: Für Einheimische die Kleinzeile oder deren Raum 15 Pf., für Auswärtige 20 Pf. Textanzeigen kosten die Kleinzeile 50 Pf. Bei Wiederholungen entsprech. Nachlaß. Bei Klage-Erhebungen, Konkursen usw. wird der bewilligte Nachlaß hinfällig.

48. Jahrgang — Montag, 27. Januar 1919 — Nummer 21

Die Nationalwahlen.

Die Stärke der Parteien.

Berlin, 24. Jan. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine vorläufige Zusammenstellung der Wahlergebnisse ausschließlich der Pfalz. Eine Zusammenrechnung der dort angegebenen Stimmenzahlen ergibt vom Kräfteverhältnis der Parteien folgendes Bild:

Sozialdemokraten 11 112 450
Unabhängige 2 186 305
Deutsche Demokraten 5 552 936
Christliche Volkspartei (Zentrum) 5 383 804
Deutschnationale 2 739 196
Deutsche Volkspartei 1 106 408
Bayerischer Bauernbund 273 718
Bayerische Mittelpartei 11 955
Schleswig-Holsteiner Bauernbund 56 482
Braunschweigischer Landesverband 56 675.

Danach wären
15 775 174 bürgerliche Stimmen gegen 13 296 705 sozialistische Stimmen
abgegeben worden. Wahrscheinlich werden die genauen Aufstellungen die Ziffern auf beiden Seiten noch etwas erhöhen, ohne jedoch an dem Kräfteverhältnis im ganzen etwas zu ändern.

Das Wahlergebnis im Wahlkreis Münster-Minden-Lippe.

Minden, 24. Jan. Die amtliche Feststellung des Ergebnisses der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung im Wahlkreise 17 Münster-Minden-Schaumburg-Lippe am 19. ds. Mts. fand heute vormittag im Hauptsitzungssaale der Regierung zu Minden statt. Sie hat in ihren Endziffern nicht unwesentliche Aenderungen gezeitigt; sie sind durchweg höher geworden. Die Verteilung der Mandate auf die einzelnen Listen wird davon nicht berührt; sie bleibt vielmehr dieselbe, und zwar erhalten Zentrum 6, Sozialdemokraten 4, Deutsch-nationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei und Deutsche demokratische Partei je 1 Stimme.

Liste 1 Unabhängige Sozialdemokratie	41 040
Liste 2 Zentrum	418 017
Liste 3 Mehrheitssozialdemokratie	303 440
Liste 4 Deutsch-nat. Volkspartei	86 009
Liste 5 Deutsche demokratische Partei	36 630
Liste 6 Deutsche Volkspartei	65 102
Liste 7 Christliche Soziale	664

Das Wahlergebnis im 23. Wahlkreise (Düsseldorf 1—6).

Duisburg, 25. Jan. Im Rathause fand heute eine Sitzung des Wahlausschusses statt, in der das Ergebnis der Wahlen für die Nationalversammlung vom Wahlkommissar, Oberbürgermeister Dr. Jarres, mitgeteilt wurde. Auf die einzelnen Listen erhielten: Hitze (Zentrum) 348 294, Braun (Sozialist) 188 029, Most (Deutsche Vp.) 66 584, Czieslik (Demokrat) 49 328, Deerberg (Deutschnational) 41 025, Schoch (Unabhängiger) 5767.

Es entfallen auf Liste Braun 3 Sitze, auf die verbundenen Listen Deerburg, Czieslik und Most zusammen 3 Sitze, von denen 7 dem Zentrum und einer der Deutschen Volkspartei zufallen.

Wie der Wahlkommissar mitteilte, seien die Wahlen in Hamborn, Oberbürgermeisterei Walsum und Stadt Dinslaken durch gewaltsame Einwirkungen gestört worden. Es könne fraglich sein, ob auf Grund dieser Störungen das Wahlergebnis anzufechten sei. Der Wahlkommissar hat den Bescheid erhalten, daß es die Auffassung der Regierung sei, in solchen Fällen nur die gültigen Stimmen zu zählen. Das Mitglied des Wahlausschusses Mülheim regte an, sofortige Nachwahl in den betreffenden Bezirken zu veranlassen. Demgegenüber bemerkte der Wahlkommissar, daß die Hamborner und Dinslakener Wähler an den Endresultaten nicht viel ändern würden. Es seien 700 000 gültige Stimmen abgegeben worden. Ausgefallen sei die Wahl nur in 48 Stimmbezirken. Das seien insgesamt 58 000 Wähler. Auf Vorschlag des Wahlkommissars wurde beschlossen, durch eine in das Protokoll aufzunehmende besondere Bemerkung die Aufmerksamkeit der Wahlprüfungskommission auf diese Wahlstörungen zu lenken und die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl dieser Kommission zu überlassen.

Auflösung der preußischen Gemeindevertretungen.

Berlin, 24. Jan. Das Preußische Staatsministerium erläßt eine Verordnung, wonach sämtliche bisherigen Gemeindevertretungen aufgelöst werden. Die Neuwahl der Gemeindevertretungen muß bis zum 2. März auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes aller Männer und Frauen nach dem Maßstab der Verhältniswahl erfolgen. Am 2. März verlieren dann die bisherigen Gemeindevertretungen jede rechtmäßige Befugnis.

In Verfolg dieser Verordnung hat das preußische Ministerium des Innern jetzt eine Verfügung erlassen, welche die Vornahme von Wahlen von Magistratsmitgliedern oder Gemeindevorständen durch die jetzigen auf Grund des Dreiklassen-Wahlrechtes gewählten Gemeindevertretungen untersagt. Dadurch wird zugleich die Demokratisierung der Gemeindevertretungen und auch die Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen ins Werk gesetzt.

Ebert über die Wahl zur Nationalversammlung.

WTB. **Berlin**, 24. Jan. Der Volksbeauftragte Ebert empfing den Vertreter der „Köln. Ztg." zu einer Unterredung. Dieser bat ihn, sich über das Ergebnis der Nationalversammlung auszusprechen. Herr Ebert entwickelte seinen Standpunkt in nachstehenden Ausführungen: Das Ergebnis der Wahlen hat nachträglich unser Recht bestätigt, im Namen des Volkes die Regierung zu führen. Wir haben nicht die Majorität, aber alle sozialdemokratischen Mandate, vor allem alle sozialdemokratischen Stimmen zusammen ergaben, daß es unsere Partei ist, die am stärksten und breitesten im Volke eingewurzelt ist. Wir sind auch die einzigen, die eine gewaltige Zunahme von Anhängern zu verzeichnen haben. Alle anderen haben verloren, am unvermutetsten das Zentrum, (diese Entdeckung kann sich Ebert patentieren lassen! D. Schriftlg.) dem das Frauenstimmrecht den größten Zuwachs gebracht hat. Die sogenannten nationalen Parteien haben nur kümmerliche Reste ihres Besitzstandes zu erhalten vermocht. Für sie ist diese erste wichtigste Wahl zum Volksgericht geworden. Wenn die unnatürliche Listenverbindung, die der Todfeind reinlicher Parteigrundsätze ist, und nur dem Anschauungsmischmasch dient, nicht gewesen wäre, so hätten die mit der meisten Schuld am Kriege Beladenen nicht einmal diese spärliche Mandatszahl erhalten. Die Demokraten schnitten verhältnismäßig gut ab. Es muß sich nun allerdings erst zeigen, ob sie wirklich zu einer neuen einheitlichen Partei geworden sind, die eine gemeinsame Weltanschauung trägt. Sie enthalten jedoch zuviel Mitglieder der alten nationalliberalen Partei, denen eine Sinneswandlung ins demokratisch-republikanische nicht ohne weiteres zugetraut werden kann. Die unabhängige Sozialdemokratie ist geblieben, was sie immer war, ein Grüppchen. Ihr Anspruch auf völlige Gleichberechtigung wird durch das Wahlergebnis in das richtige Licht gesetzt, das uns achtmal so stark zeigt wie sie, die mit der deutschen Volkspartei des Herrn Stresemann u. Rießer am schlechtesten abgeschnitten hat. Wir Sozialdemokraten werden also in der Nationalversammlung die Pflicht haben, den Geist und die Handlungslinie zu bestimmen. Noch reicht unsere Stärke nicht zur alleinigen Uebernahme der Regierung, sie wird aber so groß sein, daß tatsächlich nichts geschehen kann, was unseren Grundsätzen widerspricht. Das gilt auch für die neuzubildende Reichsregierung. Die Partei, die darin die Sitze mit uns teilen soll, muß sich bewußt sein, daß ein Zusammenarbeiten nur möglich ist, wenn es nicht nur im demokratischen, sondern auch im sozialistischen Sinne erfolgt. Wir sehen in der Nationalversammlung und ihren Ergebnissen keine möglichst schleunige und gründliche Beendigung der Revolution, sondern eine Bekräftigung der revolutionären Errungenschaften. Das muß auch der Grundsatz jeder Partei sein, mit der wir uns über die gemeinsame Regierungstätigkeit vereinbaren sollen. Von bürgerlicher Seite ist manches geschehen, was den Verdacht begründet erscheinen ließ, als sehe sie in der Nationalversammlung ein Mittel zur Rückwärtsrevidierung. Solche Bestrebungen würden bei uns den heftigsten Widerstand finden. Die Konstituante kann eine ruhige Entwicklung nur dann verbürgen, wenn sie ein neues Deutschland mit glücklicheren Verhältnissen gerade für die bisher Enterbten schafft. Jeder Versuch, statt dessen die alten Machtverhältnisse gerade auch in wirtschaftlicher Hinsicht wieder aufleben zu lassen, wäre ein Signal für einen neuen Umsturz und damit für die Verewigung der verfahrenen Zustände, die unser Wirtschaftsleben je länger je mehr untergraben müssen.

Die neue Reichsverfassung.

Die Konferenz der Bundesregierungen.

Berlin, 26. Jan. Im großen Bundesratssaal des Reichsamts des Innern haben gestern vormittag die Besprechungen der Bundesdelegierten über den vorläufigen Verfassungsentwurf begonnen, den der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Dr. Preuß, ausgearbeitet hat. An den Besprechungen nahmen etwa 90—100 Personen teil. Den Vorsitz führte Ebert. Es handelt sich bei den Beratungen um eine freie Aussprache. Bindende Beschlüsse sollen nicht gefaßt werden, da der Nationalversammlung volle Freiheit gelassen werden soll.

In seinen Ausführungen betonte Dr. Preuß, daß seiner Ansicht nach für die alte Hegemonie Preußens im Deutschen Reiche kein Platz mehr sei. Die Aufteilung und die Zusammenlegung der durch die Kleinstaaten gebildeten Splitter sei eine Notwendigkeit. Der Staatssekretär gab der Meinung Ausdruck, daß die Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs und seine Besprechung in der Wahlepoche die ganze Frage auf eine schiefe Ebene geschoben habe, so daß sie jetzt unter der Wahlagitation von einem falschen Gesichtswinkel aus betrachtet werde. Er ließ dabei einfließen, daß gerade seine eigenen Parteigenossen — die Demokraten — bei der Agitation gegen die Aufteilung Preußens in eine Falle gegangen seien und damit keinen besonderen Befähigungsnachweis für ihre Aufgabe, das Zünglein an der Wage zu bilden, erbracht hätten.

Nach der Rede des Staatssekretärs gab es eine kleine Sensation. Herr Eisner, der Vertreter Bayerns, machte einen Generalvorstoß gegen den Verfassungsentwurf. Er versuchte gewissermaßen die ganze Versammlung zu sabotieren und den Verfassungsentwurf auszuschalten, um ihn durch einen eigenen zu ersetzen. Er brachte den Entwurf eines Notgesetzes ein, das gewissermaßen einen Rahmen für die künftige Verfassung darstellte, und wollte auf diese Weise die Erörterung des Verfassungsentwurfes des Reichsamts des Innern überflüssig machen.

Dabei erklärte er im Namen sämtlicher süddeutscher Staaten, sowie von Sachsen und Hessen zu sprechen. Er wurde allerdings von den Vertretern Sachsens und Hessens sofort zurechtgewiesen. Sie erklärten, keineswegs gemeint zu haben, daß der Entwurf des Staatssekretärs Preuß nicht erörtert werden solle. Sie seien nur für die Besprechung des Eisnerschen Entwurfes, falls es sich ergeben sollte, daß die Erörterung des preußischen Entwurfes zwecklos sei.

Ebert wies das Vorgehen Eisners, da es der Nationalversammlung vorgreifen wolle, zurück. Er bezeichnete es als ganz selbstverständlich, daß die Nationalversammlung unbedingte Souveränität haben müsse. Unter keinen Umständen könne man beschließen, daß der preußische Entwurf keine Geltung haben solle; man könne ihn nur diskutieren, ebenso wie man ja auch nachher den Eisnerschen Entwurf diskutieren könne.

Die allgemeine Stimmung ergab, daß Eisner sich bei seinem Vorstoß eine Niederlage geholt hat.

Für Preußen ergriff darauf Minister Hirsch das Wort. Er erkannte an, daß das Reich wesentlich einheitlicher gestaltet werden müsse. Er hätte überhaupt einen Einheitsstaat gewünscht. Die Tendenz des Entwurfes und die Art der Umgruppierung der Staaten gehe indessen zu sehr auf Kosten Preußens und zugunsten des Südens.

Nach Hirsch erklärte sich der Vertreter von Anhalt, Heine, gegen die Aufteilung Preußens, da man mit dieser Frage einen Zankapfel unter das ganze Volk werfe.

Bundesstaaten gegen den Entwurf der Reichsverfassung.

Berlin, 24. Jan. Von mehr als 15 Bundesregierungen lagen bis zum Donnerstag in Berlin Funksprüche vor gegen den Plan der Reichsregierung über die Neubildung der Einzelstaatengebilde im neuen Reiche.

Die Neuordnung im Reich.

Der Zentralrat gegen die Eingriffe in die Pressefreiheit.

Berlin, 24. Jan. Der Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands (gez. Leinert, Cohen) erläßt an alle Arbeiterräte im Reich folgenden Aufruf:

In der letzten Zeit haben sich die Nachrichten über die Eingriffe in die Pressefreiheit gemehrt. Die uneingeschränkte öffentliche Preß- und Meinungsfreiheit, für die die Arbeiterschaft jahrzehntelang kämpfte, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution. Diese Errungenschaft muß unbedingt geschützt werden. Der Zentralrat fordert daher alle Arbeiterräte auf, jeden Eingriff in die Pressefreiheit zu unterlassen, und dort, wo Gewalt und Willkür gegen sie angewendet werden, die Presse- und Meinungsfreiheit mit allen Mitteln zu verteidigen. Der Zentralrat wird von der Reichsregierung die Anwendung aller Mittel fordern, um die uneingeschränkte Presse- und Meinungsfreiheit sicherzustellen und ihr hierbei alle Unterstützung angedeihen lassen.

Die Vertreter der Unabhängigen für die internationale Sozialistenkonferenz.

Berlin, 23. Jan. Wie das „Berliner Tageblatt" hört, hat die Unabhängige Sozialdemokratie Kautsky, Haase und Jäckel zur internationalen Sozialistenkonferenz nach Bern delegiert. Die sozialdemokratische Partei vertreten Hermann Müller, Hermann Molkenbuhr und Otto Wels.

Der lustige Schluß einer traurigen Komödie.

Berlin, 25. Jan. Ueber die Art und Weise, wie sich Adolf Hoffmann von seinem Amte als Kultusminister verabschiedet hat, glaubt die „Börsen-Ztg." zuverlässig folgendes mitteilen zu können: Am 2. Januar erschien Hoffmann nach der Wiederherstellung von seiner Erkrankung voll Tatendrang im Ministerium. Man wies ihn darauf hin, daß seine Tätigkeit an dieser Stelle nicht weiter gewünscht werde; daß er den unabhängigen Genossen folgen möge, die ihre Aemter bereits niedergelegt hätten. Hoffmann verhielt sich durchaus harthörig. Erst nach immer wiederholtem Zureden erklärte er sich schließlich bereit, das Feld zu räumen, wenn man ihm für drei Monate Gehalt zahle. Man sagte ihm zu, daß diese Zahlung erfolgen solle; er möge getrost nach Hause gehen, das Geld werde ihm überwiesen werden. Aber Genosse Hoffmann läßt sich nicht für dumm verkaufen. Mit jener Energie und Klarheit der Sprache, die ihn immer ausgezeichnet hat, erklärte er: „Darauf lasse ick mir nich in! Wenn ick nich in einer halben Stunde mein Geld habe, sollt Ihr was erleben!" Das ganze Kultusministerium geriet in Bewegung. Aus allen Kassen wurden die vorhandenen Bestände zusammengeschrappt, und es gelang wirklich, die 6000 ℳ aufzutreiben, die Hoffmann für drei Monate beanspruchte. Man überreichte ihm das Geld, er steckte es ein, hüllte sich in seinen Havelock und seine Volkstribunen-

würde und nahm Abschied, indem er mit großer Gebärde die klassischen Worte sprach: „Mir sieht hier keener wieder!“ Dies war der Schwanengesang des Kultusministers Adolf Hoffmann.

Reichsgesetz über die Energiewirtschaft.

Berlin, 24. Jan. Im Reichswirtschaftsamt ist ein Entwurf für ein Reichsgesetz über die Energiewirtschaft im Reiche in Ausarbeitung, das die Regelung der Versorgung des Reiches mit Energiequellen, als Kohle, Elektrizität usw. zum Gegenstande hat. Eine Verstaatlichung der Kohlen- und Elektrizitätsgewinnung kommt dabei, wie wir vernehmen, nicht in Frage, wohl aber handelt es sich darum, eine möglichst sparsame Bewirtschaftung der Energiequellen herbeizuführen. Eigentlich handelt es sich dabei um mehrere Gesetze, um ein Rahmengesetz, das dem Reiche die Befugnis gibt, die Ausnutzung unserer Energiequellen nach allgemeinen Gesichtspunkten durch Zusammenschluß der Gruppen, die Energie erzeugen, und derer, die solche verbrauchen, zu regeln und Gesetze über die Kohlen- und über die Elektrizitätswirtschaft. Bei der Kohle handelt es sich weniger um Eingriffe in die Produktion und den Verbrauch, als in den Absatz, bei dem ja schon seither ein ziemlich weitgehendes staatliches Eingreifen (Höchstpreis und während des Krieges Mengenverteilung) durch den Reichskohlenkommissar bestand. Das Elektrizitätsgesetz soll der um sich gegriffenen planlosen Zersplitterung durch Wirtschaftsmonopole und kommunale Einseitigkeit und der damit verbundenen Kräfteverschwendung ein Ende machen. Das Reichsgebiet wurde hinsichtlich der Elektrizitätsgewinnung und des Verbrauchs ohne Rücksicht auf politische Grenzen in organische Wirtschaftsgebiete geteilt, die es ermöglichen, die Verwendung norddeutscher Kohle und süddeutscher Wasserkraft auf dem Gebiete der Elektrizitätsgewinnung einheitlich zu regeln.

Die preußische Einkommensteuer.

Der durch die Revolution und die nachfolgenden Ereignisse entstandene Rückgang unserer wirtschaftlichen Lage wird, wie die „Neue Politische Korrespondenz“ schreibt, seinen empfindlichen Ausdruck in dem diesjährigen Ertrage der preußischen Einkommensteuer finden. Es muß voraussichtlich mit einem sehr bedeutenden Rückgange dieser Steuerquellen gerechnet werden. Dazu kommen die beträchtlichen Mindereinnahmen der preußisch-hessischen Staatseisenbahnen, die sich bereits zu einem bedenklich hohen Defizit verdichtet haben. Auch die Einnahmeabschlüsse der staatlichen Bergwerke werden sich durch die jetzige Wirtschaftslage ungünstiger gestalten, so daß der künftige preußische Staatshaushalt von starken Rückwirkungen beeinflußt sein wird.

Die württembergische Verfassung.

WTB. Stuttgart, 23. Jan. Die von der provisorischen Regierung aufgestellte Verfassungsurkunde des Volksstaates Württemberg liegt nunmehr im Entwurf vor. Es wird darin u. a. bestimmt, daß der Volksstaat Württemberg ein Bestandteil des deutschen Volksstaates ist, und daß er seine Staatshoheit nach Maßgabe dieses Erlasses und der vom deutschen Volksstaat gegebenen Gesetze ausübt. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das Volk äußert seinen Willen durch Abstimmung bei Wahlen. Stimmberechtigte Mitglieder des Volkes sind alle württembergischen Staatsbürger beiderlei Geschlechtes, die das 20 Lebensjahr vollendet und im Lande ihren Wohnsitz haben. Das Stimmrecht ist gleich und wird geheim und direkt ausgeübt. Alle Einwohner, die nicht die württembergische, aber die Staatsangehörigkeit eines anderen Bundesstaates besitzen, sind stimmberechtigt, wenn der Heimatstaat die Württemberger ebenso zum Stimmrecht zuläßt. Weiter ist u. a. vorgesehen: Gleiche Rechte und Pflichten aller Staatsbürger, Aufhebung aller Titel, soweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, Abschaffung der Orden und Ehrenzeichen, Aufhebung der Fideikommisse wird durchgesetzt. Vergesellschaftung der Wirtschaft nach dem Stande ihrer Entwickelung, Ueberführung eines Teiles der Gütererzeugung in die Gemeinwirtschaft wird durchgesetzt. Ungestörte Gewissensfreiheit und Religionsübung, frei und selbständige Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten durch jede Kirche und religiöse Gemeinschaft im Rahmen der allgemeinen Staatsgesetze. Abfinden der evangelischen und katholischen Kirche für Abgabe ihres Vermögens an den Staat durch Rente. Aufsicht über das Schulwesen nur durch den Staat. Beseitigung jeden Zwanges für Erteilung und Besuch des religiösen Unterrichts; vierjährige Wahltagperiode, Wahl eines Abgeordneten auf je 25 000 Landeseinwohner durch Volksabstimmung. Staatsleitung durch das Staatsministerium, an dessen Spitze ein Ministerpräsident steht, der die Bezeichnung Staatspräsident führt, und den Staat nach außen hin vertritt. Feststellung des Staatshaushalts durch Gesetz in jedem Jahre und Ministeranklagen.

Die Beerdigung Liebknechts.

WTB. Berlin, 25. Jan. Anläßlich der Beerdigung Liebknechts waren in den frühen Morgenstunden die ganze Innenstadt und alle nach dem Tiergarten führenden Hauptstraßen abgesperrt. Als gegen 10 Uhr die Ordner der unabhängigen sozialdemokratischen Partei sich am Eisernen Hindenburgdenkmal versammeln wollten, wurde ihnen bedeutet, daß die Aufstellung des Zuges in der Siegesallee nicht gestattet würde. Die Ordner verteilten sich deshalb an den Grenzen des Absperrungsbezirkes und wiesen die dort eintreffenden kleinen und größeren Züge an, sich nach dem Bülow-Platz zu begeben. Der Zug ordnete sich auf der Spielwiese des Friedrichshains. Auf acht Arbeitswagen waren die Särge von 33 Revolutionsgefallenen aufgebahrt. Auf dem vordersten Wagen befand sich die Leiche Liebknechts. Der Zug ging über das Königstor durch die Frankfurter Allee nach dem Städtischen Friedhof Friedrichsfeld, wo er gegen 2,30 Uhr anlangte.

Energischer Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Berlin, 24. Jan. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist die eben veröffentlichte Reichsverordnung, nach der den Gemeinden das Recht zusteht, in allen Fällen, wo Arbeitsannahme unbegründet verweigert wird, die Erwerbslosenunterstützung zu entziehen, der erste Schritt der Regierung in der Bekämpfung der Arbeitslosen. Sollte dieser Druck nicht hinreichend, so wird man vor schärfsten Maßnahmen nicht zurückschrecken.

Anruf!

An die Bergarbeiter!

WTB. Paderborn, 24. Jan. Von der Heimat-Funkenstation Neuhaus bei Paderborn ist der folgende Funkspruch, für die Funkenstation in Oberschlesien und im Ruhrkohlenbezirk bestimmt aufgenommen worden: Die Kohle ist ein Zahlungsmittel, ja heute das einzige Zahlungsmittel für den Bezug von Nahrungsmitteln aus dem Auslande. Wer die Kohlenförderung unterläßt, handelt aber auch feindlich, ja todbringend für alle seine Mitbrüder im Arbeitskittel, nicht zuletzt gegen die Kriegsbeschädigten, die Arbeit suchen. Wir brauchen Rohstoffe, wenn wir Arbeit schaffen wollen und können sie nur gegen Kohle erwalten. Ohne Kohle keine Arbeitsmöglichkeit in der Industrie und im Gewerbe. Wir fordern unsere deutschen Mitbrüder in Ost und West auf, eingedenk zu sein der großen Verantwortung, die inbezug auf Deutschlands Ernährung und Erneuerung auf ihnen ruht. Mitbürger in Ost und West, hört auf unsern Notschrei!

Dresden, 24. Jan. Der Oberbürgermeister sagte in der gestrigen Stadtverordnetensitzung anläßlich eines Antrages auf Erweiterung des Straßenbahnverkehrs u. a. folgendes: Die Kohlenverhältnisse sind so schlecht, daß man nicht sagen kann, wie lange die Straßenbahn überhaupt noch fahren kann. Wir haben alles versucht, um die Arbeitslosen in die Kohlengruben zu bringen, aber alles ist gescheitert. Der Zusammenbruch nicht nur der Industrie sondern auch der Brotbäckereien und des Verkehrs ist unter diesen Umständen nur noch eine Frage von nicht allzulanger Zeit.

Lohnzahlung ohne Arbeitsleistung.

Sehr wichtig für den auswärts zugezogenen Arbeiter, die jetzt ihre Kündigung erhalten oder erhielten, um die Wiedereinstellung der aus dem Felde Heimgekehrten in den alten Betrieben zu ermöglichen, ist der zu wenig bekannte und beachtete § 8 der Verordnung des Demobilmachungsamtes vom 4. 1. ds. Js., betreffend Einstellung und Entlassung gewerblicher Arbeiter. Genannter § 8 spricht nämlich solchen gekündigten Arbeitern, die sofort nach der Kündigung zur Heimat abreisen, für die vierzehntägige Kündigungsfrist die Auszahlung des vollen Lohnes zu, außerdem erhalten sie Zehrgeld für die Fahrt und freie Eisenbahnbeförderung für sich und ihre Familien. Einen derart mühelosen Gewinn sollte sich niemand entgehen lassen, der unter die Bedingungen des § 8 fällt. C. M.

Kohlenmangel, Stickstoffmangel, Hungersnot.

Die beiden größten Stickstoffwerte Deutschlands, das Leunawerk bei Merseburg und die Reiswerke, die unsere Landwirtschaft bisher etwa die Hälfte des erforderlichen Stickstoffdüngers lieferten, sind infolge Kohlenmangels in ihrer Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigt und drohen völlig zum Stillstand zu kommen. Die Ursache ist auch hier in Kohlenmangel zu sehen, der auf die Ungunst unserer Verkehrs- und Arbeitsverhältnisse zurückzuführen ist. Obgleich man diese Werke mit Hinsicht auf ihre ungeheure Bedeutung für unsere Volksernährung bei der Kohlenbelieferung nach Kräften bevorzugt, sind die Kohlengebiete zur Zeit nicht imstande, den Fabriken die 140 Wagen Kohlen heranzurollen, die zur Betriebsausnutzung erforderlich sind. So führt hier der Kohlenmangel über den Stickstoffmangel zur Hungersnot, wenn sich nicht Mittel finden sollten, die Kohlenzufuhren entsprechend zu heben. C. W.

Der Krieg mit den Polen.

Eine Warnung an die Polen und Tschechen.

Paris, 24. Jan. Amtlich. Der interalliierte Oberste Kriegsrat hielt eine Besprechung mit Foch und den anderen militärischen Ratgebern der Alliierten über die Streitkräfte ab, die von den alliierten und assoziierten Mächten während der Dauer des Waffenstillstandes an der Westfront belassen werden sollen. Er beschloß die Einsetzung eines von Chuchill, Loucgeur, Foch und den Generalen Bliß und Diaz gebildeten Sonderausschusses zur Prüfung der Frage.

Nach dem Zusammentritt des Obersten Kriegsrates hielten Präsident Wilson sowie die Premierminister und die Minister des Aeußern von England, Frankreich und Italien zusammen mit den Vertretern der japanischen Regierung eine kurze Sitzung ab. Sie billigten die Veröffentlichung und die funkentelegraphische Verbreitung der folgenden Erklärung:

Die Regierungen, die sich gegenwärtig auf der Konferenz zu dem Zweck vereinigt haben, einen dauerhaften Frieden zwischen den Nationen zu schaffen, werden sehr bewegt durch die ihnen aus den verschiedenen Teilen Europas und des Orients zugehenden Nachrichten, wonach mehrmals Gewalt angewandt wurde, um von Gebieten Besitz zu ergreifen, über deren rechtmäßige Zuerkennung die Friedenskonferenz sich äußern soll. Die Regierungen sind der Ansicht, daß sie die Pflicht haben, die feierliche Warnung ergehen zu lassen, und zu erklären, daß jeder durch Gewalt erworbene Besitzstand denjenigen, die zu solchen Mitteln greifen, den größten Schaden bringen wird. Diejenigen, die Gewalt anwenden, erwecken den Argwohn, daß sie an der Gerechtigkeit und Gültigkeit ihrer Ansprüche zweifeln, und daß sie die Absicht haben, den Besitz an die Stelle des Rechtsbeweises zu setzen und ihre Souveränität eher auf Gewaltanwendung, als auf nationale Verwandtschaft begründen. Dies schadet allen Rechtsansprüchen, die sie späterhin geltend machen könnten und zeugt von ihrem Mißtrauen gegenüber der Konferenz. Selbst dies kann nur zu den unheilvollsten Ergebnissen führen. Wenn sie Gerechtigkeit wünschen, so müssen sie auf die Anwendung von Gewalt verzichten und ihre Ansprüche in die Hände der Friedenskonferenz in einer Art und Weise übergeben, die keinen Zweifel über ihren guten Glauben läßt.

Vom polnischen Kriegsschauplatz.

WTB. Warschau, 24. Jan. Der Heeresbericht des polnischen Generalstabes über die Gruppe Bug und die Gefechtstätigkeit des Generals Rozwadowski meldet u. a., das feindliche Artillerie die Stadt Lemberg beschieße. Vor dem Angriff auf Oderberg habe eine Kommission von Offizieren der Ententemächte und tschechische Offiziere den Kommandanten des schlesischen Militärbezirks zur Räumung des Tetschener Bezirks bis zum Diala-Flusse binnen zwei Stunden aufgefordert.

Vom Waffenstillstand und Frieden.

Rücktritt des Generals Winterfeld.

Berlin, 25. Jan. In der gestrigen Vollsitzung in Spa kündigte General von Winterfeld an, daß er von seinem Posten als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstanskommission in Spa zurücktritt.

Den Anlaß gab eine Mitteilung des Marschall Foch, welche von General Nudant verlesen wurde. Foch erklärt darin kurz, daß der Abschnitt östlich von Straßburg auf Grund der Vereinbarungen bei der letzten Verlängerung des Waffenstillstandes binnen sechs Tagen vom 23. Januar, abends 6 Uhr ab, besetzt werden wird.

Forderung der Internationalisierung Konstantinopels.

Amsterdam, 24. Jan. Handelsblad meldet aus Paris: Es besteht kein Zweifel mehr darüber, daß die Friedenskonferenz die Internationalisierung Konstantinopels fordern wird. Was die Haltung der Engländer in Konstantinopel anbelangt, so wird hierzu bemerkt, daß es sich dabei um dringliche polizeiliche Maßnahmen handelt, die seitens der Engländer getroffen wurden, weil diese sich von allen Verbündeten in Konstantinopel in der Mehrzahl befinden.

Das verhaßte U-Boot.

Rotterdam, 24. Jan. Dem „Nieuwe Rotterdamschen „Courant“ zufolge wird dem Newyork World aus Paris gemeldet, daß der Entwurf für den Völkerbund das Unterseeboot als Kriegsmittel vollkommen verwirft und von allen Ländern, die den diesbezüglichen Vertrag unterzeichnen, fordert, daß sie alle Waffen dieser Art vernichten. Die Engländer und Amerikaner haben eine große Abneigung gegen die Ansprüche der französischen Militärs auf den Besitz des linken Rheinufers, ebenso auch gegen die italienischen Forderungen bezüglich der österreichischen Adriaküsten.

Wir können uns vorstellen, daß der Völkerbund die Vernichtung aller Unterseeboote bei den Mittelmächten betreibt. Aber daß England selbst und Amerika auf dieses Kriegsmittel verzichten, erscheint uns undenkbar. Diese Länder verfügen doch selbst über eine ansehnliche Anzahl von U-Booten. Wer glaubt im Ernste daran, daß diese Länder sich zu einer Abrüstung auf diesem Gebiete verstehen? Den Feinden will man für alle Zeit diese Waffe aus der Hand schlagen, aber für das eigene Land ist sie gerade recht.

Russenfragen.

WTB. Paris, 24. Jan. Die Vertreter der Großmächte versammelten sich gestern nachmittag neuerdings am Quay dOrsay. Die russischen und polnischen Angelegenheiten wurden nicht berührt. Die Funkenpost des Eiffelturms begann um 2 Uhr mit Uebermittlung von Einladungen der alliierten Regierungen an die verschiedenen die Lage in Rußland beherrschenden Gruppen zur Entsendung von je drei Vertretern nach den Prinzeninseln bei Konstantinopel zur Besprechung mit den Delegierten der russischen Nationen. Die Entente-Kommission, die die russischen Abgesandten anhören soll, ist noch nicht ernannt worden. Man glaubt immerhin zu wissen, daß sie aus Gründen der Unparteilichkeit keine Persönlichkeit umfassen wird, die früher in Rußland in diplomatischer Eigenschaft tätig waren. Ueber die militärischen Mitglieder der Kommission, die nach Polen, wo sich bereits General Bartelmy befindet, geschickt werden soll, werde voraussichtlich unter den Generalen der an Ort und Stelle befindlichen Armeen ausgewählt werden. Vier Zivildelegierte der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens sind noch nicht ernannt worden.

WTB. Paris, 24. Jan. In den Vorschlägen Wilsons über die russische Frage heißt es wörtlich: Die Vertreter der assoziierten Mächte erkennen die Revolution ohne Vorbehalt an.

Ein „politischer Kadaver“ in Paris.

WTB. Bern, 24. Jan. „Humanite“ schreibt, daß die Anwesenheit Sasonows in Paris ein voller und ganzer Skandal sei und die Erinnerung an die schaurige Epoche der Geheimverträge wach rufe. Sasonow sei der Mann des Schielens nach Konstantinopel und der Bedrückung der Randvölker. Aus den von den Bolschewisten veröffentlichten Depeschen gehe hervor, daß Sasonow die Diskussion der polnischen Frage absolut zurückgewiesen habe. So sehe der Mann aus, von dem man geglaubt habe, daß er wohlwollend gesinnt sei. Sosonow sei der Mann mit Vergangenheit, hassenswert für die Russen, die Polen und die Demokraten der Entente, nach einem starken russischen Ausdruck, ein politischer Kadaver. Seine Erklärungen zeigen, daß er nichts vergessen und nichts hinzu gelernt habe.

Ein japanisch-amerikanischen Vertrag.

WTB. Amsterdam, 24. Jan. Einem hiesigen Blatte zufolge schreiben die „Times“ aus Tokio: Am 16. Januar erklärte Graf Nahida in einer an die Parteivertreter des Landtages gehaltenen Ansprache, zwischen Japan und Amerika sei ein Abkommen getroffen worden, wonach Amerika gemäß dem mit Kerenskis Regierung geschlossenen Vertrage die Aufsicht über die Sibirische Eisenbahn übertragen wird, während Rußland die Kontrolle der Chinesischen Ostbahn, die die Baikal-Gegend mit Wladiwostok verbindet, erhält. Ostsibirien sei für Japan das, was Mexiko für Amerika sei. Deshalb dürfe die Kontrolle nicht unter Amerikas alleinige Aufsicht gestellt werden.

Ausstand in Paris.

WTB. Paris, 24. Jan. Die Angestellten der Straßenbahn und der Automobildroschken von Paris, sowie die Kondukteure der Metropolitaine und der Nord-Südbahn haben den Streik beschlossen. Der Streik ist auf allen Pariser Verkehrslinien fühlbar. Fast allgemein ist der Streik auf der Metropolitaine und der Nord-Süd-Bahn. Bis jetzt sind keine Zwischenfälle vorgekommen.

Die Vorgänge in Portugal.

Manuel will die Königswürde wieder übernehmen.

WTB. Paris, 23. Jan. König Manuel, der noch immer in London weilt, erklärte, er stelle sich seinem Volke zur Verfügung und sei bereit, dem Rufe des Volkes zu folgen. Er wolle jedoch gleichzeitig dabei erklären, daß die gegenwärtige Lage in keiner Weise auf einen Eingriff von seiner Seite zurückgeführt werden dürfe.

Oporto beschossen.

WTB. Genf, 24. Jan. Nach Blättermeldungen aus Madrid haben einige portugiesische Kriegsschiffe die Stadt Oporto bombardiert. Die Armee steht auf Seiten der Revolutionären. Die Marine blieb der Regierung treu.

Lissabon von den Monarchisten genommen?

TU. Haag, 25. Jan. Aus Wien wird gemeldet, daß republikanische und monarchistische Truppen bei Oporto zusammengetroffen sind. Es gab Tote und Verwundete. Die Monarchisten haben darauf Lissabon genommen.

Portugal unter britischem Protektorat?

TU. Genf, 24. Jan. In Pariser politischen Kreisen verlautet, daß England beabsichtigt, im Hinblick auf die jetzigen Vorgänge Portugal als britisches Protektorat zu erklären. In einem Artikel deutet der Lyoner „Nouvelliſt“ an, daß man auf der Friedenskonferenz natürlich den Gedanken erwäge, für Portugal eine Vormundschaft einzusetzen, um diesem armen Volke, das dauernd durch Revolutionen beunruhigt werde, Friedenssicherheiten zu verschaffen. Das Protektorat sei lediglich humanitären Charakters.

Aus dem besetzten Gebiete.

Die Engländer sprengen Brücken.

Solingen, 24. Jan. Die Engländer haben die **Wupperbrücke** in Kronenberg **gesprengt,** um den Verkehr zwischen dem besetzten und dem neutralen Gebiet, wozu diese Brücke vielfach benutzt worden ist, zu verhindern.

Köln, 24. Jan. Durch eine Verordnung der englischen Besatzungsarmeen ist nun auch jegliche **Ausübung der Jagd** in der neutralen Zone verboten worden. Die Bürgerschaft wurde aufgefordert, sämtliche Waffen, auch Jagdgewehre, beim zuständigen Polizeibezirk abzuliefern. — Die englische Besatzung gibt hier eine Zeitung in englischer Sprache heraus mit dem Titel „The watsch un the Rhine."

Die Thyssenschen Stahlwerke in Lothringen unter französischer Verwaltung.

WTB. Bern, 23. Jan. Wie aus Metz gemeldet wird, sind die Thyssenschen Stahlwerke in Hagendingen in Lothringen von der französischen Regierung **unter Zwangsverwaltung gestellt** worden, werden aber, um ihre vielen Arbeiter nicht brotlos zu machen, in Betrieb bleiben.

Cleve, 25. Jan. Unter Leitung eines Lehrers hatten Schulkinder in Goch das Lied „Dein Vaterland muß größer sein" gesungen. Belgische Soldaten, die vorübergingen, fühlten sich beleidigt und machten Meldung. Der Lehrer wurde vom belgischen Kriegsgericht zu 6 Monaten Gefängnis und 1000 Francs Geldstrafe verurteilt, trotzdem er jede beleidigende Absicht bestritt.

Petersburg der Vernichtung preisgegeben.

Stockholm, 24. Jan. Die Petersburger Zeitung Rußki Listok berichtet, daß **fieberhafte Vorbereitungen für die Räumung Petersburgs** getroffen würden. Alle bolschewistischen Einrichtungen würden nach Moskau oder Nowgorod übergeführt, alle Wertsachen und Banken abgeschoben. Die anscheinend zum völligen Untergang verurteilte Stadt solle den lettischen Soldaten und freigelassenen Verbrechern zur Plünderung freigegeben werden.

Westfalen und Rheinland.

Wattenscheid, 23. Jan. Heute nachmittag brach im Zentraltheater im Vorführungsraume Feuer aus. Dem Brande fielen sämtliche Films und eine Anzahl Apparate zum Opfer.

Gelsenkirchen, 23. Jan. Falsche Kriminalbeamte, davon ein Unteroffizier, angeblich vom ASR., nahmen wegen angeblicher Mehlschieberei bei einem Bäckermeister eine Haussuchung vor, stahlen bei der Gelegenheit Sparkassenbücher, Kriegsanleihescheine und bares Geld (etwa 18 000 Mark) und eine goldene Uhr. Dann nahmen sie die Eheleute mit zur Polizeiwache, dicht davor aber liefen die Gauner fort. Zwei der Täter konnten inzwischen festgenommen und der größte Teil der gestohlenen Sachen herbeigeschafft werden.

* **Siegen,** 24. Jan. **Schreckliches Unglück.** In der Nachbargemeinde Mudersbach fanden Knaben in einer Tannenschonung mehrere 10,5 Zentimeter Granaten. An einer versuchten sie, den Zünder abzuschlagen, wodurch das Geschoß zur Explosion gebracht wurde. Die Folgen waren entsetzlich: alle vier Knaben wurden in Stücke gerissen. Eine Frau, die am Fenster eines Hauses in der Nähe stand, erlitt durch einen Granatsplitter eine erhebliche Verletzung.

* **Recklinghausen,** 24. Jan. **Falscher Tausendmarkschein.** In einem hiesigen Geschäft wurde ein falscher Tausendmarkschein in Zahlung genommen, der eine geschickte Nachahmung der Reichsbanknote darstellte. Die Fälschung, die wahrscheinlich auch anderwärts auftauchen wird, läßt sich leicht daran erkennen, daß bei Anfeuchtung des falschen Scheines die Farbe ausläuft.

* **Solingen,** 24. Jan. **Zeitungsverbot.** Die britische Militärbehörde hat das Organ der Unabhängigen, die „Berg. Arbeiterstimme", auf unbestimmte Zeit verboten, weil das Blatt den Vorschriften der Besatzungsbehörde widersprechende Agitation betrieben hatte. Redakteur Merkel und mehrere Parteiführer wurden festgenommen.

* **Barmen,** 24. Jan. **Von Einbrechern erschossen.** In der vergangenen Nacht drangen Diebe in ein Fabrikgebäude an der Unterdömerstraße ein, wo sie Seide zu stehlen beabsichtigten. Sie wurden von dem Fabrikwächter überrascht und mußten fliehen. Dabei gab einer der Diebe aus unmittelbarer Nähe auf den Wächter einen Schuß ab, der dessen sofortigen Tod herbeiführte. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 27. Januar 1919.

:: **Die Wahlbeteiligung** bei der heutigen Wahl zur preußischen Nationalversammlung war in allen Bezirken flauer als vor acht Tagen. Mit Ausnahme der Demokraten haben alle Parteien abgenommen, doch fällt der starke Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen (in sechs Bezirken 558 Stimmen) auf, der sich durch die schwächere Wahlbeteiligung allein kaum erklären läßt. Auch diesmal wickelte sich das Wahlgeschäft, soweit uns bekannt wurde, ruhig ab. Ein junger Kutscher aus Bocholt soll mißhandelt worden sein, doch war näheres nicht zu erfahren. — Das Bocholter Volksblatt konnte wieder durch eine beleuchtete Tafel eine Reihe von Ergebnissen bekanntgeben. Unsere Mitarbeiter in Stadt und Land, die uns durch Fernruf die Resultate bekannt gaben, seien an dieser Stelle herzlichst bedankt.

:: **Vor der Preußenwahl** hatte das Zentrum (christliche Volkspartei) am Samstag abend noch einmal zu einer großen Volksversammlung eingeladen und in hellen Scharen waren die Wählerinnen und Wähler dem Rufe gefolgt, sodaß der Schützenhaussaal zum Brechen voll war. Einige Gegner hatten sich auch eingefunden, die mit ihren zahlreichen Zwischenrufen und störendem Lärm aber dank der gewandten Leitung von Sanitätsrat Dr. **Farwick** und der Disziplin der Zentrumswähler den Eindruck der sachlichen Ausführungen der beiden Hauptredner nur vertieften und verstärkten. Universitätsprofessor Dr. **Meiners** aus Münster entwickelte in großen Zügen das **Kulturprogramm des Zentrums** und Arbeitersekretär **Stiehler** aus Gladbeck würdigte eingehend die **Bedeutung der preußischen Nationalwahlen im Lichte der Zentrumspolitik.** Reichster Beifall lohnte die Ausführungen beider Redner. Eine lebhafte Aussprache dehnte die Versammlung bis nach 12 Uhr aus, zu deren Schluß Dr. **Farwick,** das Einigende betonend, ein Telegramm an die Berliner Regierung **zugunsten unserer deutschen Kriegsgefangenen** der Versammlung vorlegte, das einstimmig Annahme fand. Der Zentrumsgedanke ist durch die großartige Veranstaltung mächtig gefördert worden.

p. **Schon wieder ein Fahrraddiebstahl.** Am letzten Freitag wurde ein für kurze Zeit vor der Konditorei van Open hingestelltes **Brennaborfahrrad** gestohlen. Also nochmals Vorsicht!

p. **Schwierige Festnahme.** Zwei Angehörige des hiesigen Ers.-Battaillons hatten aus der Bekleidungskammer Drillichanzüge, Stiefel und Wäsche entwendet und wollten die Sachen am Samstag Vormittag nach Soest verschicken. Sie wurden von der Sicherheitswache abgefaßt und mußten das Diebesgut wieder auf der Kammer abliefern. Die Ermittelungen ergaben, daß sich ein großer Teil der gestohlenen Ausrüstungsstücke noch bei einer Hehlerin am Ostertor befände. Als die Sicherheitsmannschaft an der Wohnung Einlaß verlangte, traten ihr **Soldaten mit schußfertigen Gewehren** entgegen und verwehrten ihr den Eingang. Endlich gelang es der Wache, von hinten her in das Gebäude einzudringen und die Soldaten festzunehmen.

r. **Bestandene Meisterprüfung.** An der Handwerkskammer zu Münster bestand am 24. d. M. Herr **Karl Wenholt** von hier die Meisterprüfung im Maler- und Anstreicherhandwerk mit „Gut". Unseren Glückwunsch!

r. **Arbeiterentlassungen.** Mehrere Firmen des Bocholter Bezirkes sahen sich infolge Annullierung der Heeresaufträge und durch vollständigen Mangel an Rohstoffen gezwungen, ihre **Arbeiterschaft** ganz oder zum Teil zu **kündigen.** Die ohnehin schon so große Arbeitslosigkeit in Bocholt wird also noch gesteigert. Möge es der Regierung gelingen, die **Kohlenförderung,** die im Kriege noch **30 000** Wagen täglich betrug, jetzt aber nach der Revolution auf **9000** Wagen zurückgegangen ist, wieder zu heben. Kohlen sind das einzige Zahlungsmittel, mit dem Deutschland Nahrungsmittel und Rohstoffe, darunter Baumwolle für die heimische Industrie, bezahlen kann.

r. **Von der Ortskohlenstelle** wird uns geschrieben, daß es im Interesse der Bevölkerung liegt, die Kohlenmarken bis einschließlich 12 jetzt einzulösen und wird auf die heutige Anzeige Bezug genommen. Infolge der Erhöhung der Kohlenpreise müssen die Preise für die Händler ebenfalls entsprechend erhöht werden.

r. **Streut Asche!** Der gestrige **Schneefall** hat auf den Asphaltstraßen und den Bürgersteigen eine lebensgefährliche Glätte hervorgerufen, besonders da unsere liebe Jugend den bei uns in den letzten Jahren so selten gewordenen schimmernden Schnee mit Freude begrüßte und überall ihre Schlinderbahnen anlegte. Man sah viele Personen und Pferde stürzen, jedoch ist von ernsten Unfällen uns bisher nichts bekannt geworden. Für die Anwohner der Straßen aber ist es Pflicht, Bürgersteig u. Straße mit **Asche zu bestreuen, da sie sonst für etwaige Unfälle haftbar gemacht werden können.**

r. **Weitere Verkehrseinschränkung.** Nach Mitteilung der Eisenbahndirektion Münster fallen mit dem heutigen Tage unter anderem Zug 14 (ab Bocholt 4,59 Uhr, an Empel 5,42 Uhr) und Zug 15 (ab Empel 7,09 Uhr abends, an Bocholt 7,42 Uhr abends) bis auf weiteres aus. Nähere Bekanntmachung erfolgt in der morgigen Nummer.

! **Stenographen-Verein Gabelsberger.** Der Verein hielt am Freitag abend im Vereinslokale Langenhoff seine Generalversammlung ab, die von etwa 80 Mitgliedern besucht war. Herr **Wyen** als 1. Vorsitzender begrüßte die Mitglieder und besonders die aus dem Felde heimgekehrten. Auch dankte er den Mitgliedern, die sich während des Krieges um den Verein bemüht haben. Dem vom Schriftführer, Herrn **Lensing,** erstatteten Jahresbericht entnehmen wir, daß 67 Mitglieder zu den Fahnen einberufen waren, von denen 5 den Heldentod starben, weitere 5 befinden sich noch in Gefangenschaft und ein Mitglied wird vermißt. Ein Kursus mit 30 Teilnehmern wurde im abgelaufenen Vereinsjahre zu Ende geführt, die fast sämtlich dem Verein beitraten. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Herr Wilh. **Wyen,** 1. Vorsitzender, Herr Herm. **Büssing** 2. Vorsitzender, Herr J. **Lensing,** Schriftführer, Frl. **Bauschen,** Kassiererin, Herr W. **Seggewiß,** Bücherwart, Herr Hermann **Nienhaus,** Herr Bernh. **Owahn** und Frl. **Kosthorst** als Beisitzer. Ferner wurde noch eine Vergnügungskommission gewählt. Die Feier des Geburtstages Gabelsbergers wurde auf den 9. Februar festgelegt; sie soll im Bürgerkrug stattfinden und mit ihr die Begrüßung der heimgekehrten Krieger verbunden werden. Nach einigen musikalischen Spenden der Hauskapelle und Darbietungen seitens einiger Mitglieder wurde die anregend verlaufene Versammlung vom 1. Vorsitzenden geschlossen.

---

m. **Spork,** 24. Januar. **Vereitelter Einbruch.** In der vergangenen Nacht wurde bei einem hiesigen Landwirt ein Einbruchsdiebstahl versucht. Von dem Geräusch erwachten jedoch die Bewohner des Gehöftes, und einer gab sofort einen Schuß ab, der die Diebe veranlaßte, schleunigst Reißaus zu nehmen. Da in den Bauerschaften die Unsicherheit immer größer wird, dürfte sich die Errichtung einer Sicherheitswehr aus den vom Heere entlassenen Landwirten empfehlen. Diese Einrichtung ist im benachbarten Kreise Rees überall mit Erfolg getroffen.

bl. **Borken,** 26. Jan. Eine Patrouille unserer freiwilligen Sicherheitswehr gelang es in der Nacht zum Sonntag wieder einmal, zwei unsichere Personen zu stellen, die ganz ansehnliche Koffer mit sich führten, in denen sich angeblich Kartoffeln befanden. In Wirklichkeit enthielten sie ein **frisch geschlachtetes Schwein mit Haut und Haaren.** Die Untersuchung ergab, daß das Schwein bei einem Landwirt in Weseke **gestohlen worden** ist. Die Diebe hatten dem Tiere im Stalle mittels eines Strickes den Hals zugezogen, es mitgenommen und auf dem Felde abgestochen. Die Täter waren polnische Arbeiter aus Bochum. Sie wurden ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Vorläufige Wahlergebnisse:

Bocholt.

Bezirk 1. Zentr. 1047 (Wahl vom 19. Jan. 1069), Sozialdemokraten 181 (217), Demokraten 77 (63), Deutschnationale V. 39 (48), D. Volkspartei 20 (48).

Bezirk 2. Gewählt 1301. Zentr. 903 (948), Soz. 274 (334), Dem. 39 (40), Deutschn. 60 (72), Volkspartei 23 (40), ungültig 2.

Bezirk 3. Zentr. 568 (614), Soz. 277 (347), Demokraten 12 (0), Deutschnation. 12 (9), Volkspartei 1 (5).

Bezirk 5. Zentr. 702 (738), Soz. 238 (284), Demokrat 73 (43), Deutschnat. 55 (78), Volkspartei 32 (32).

Bezirk 6. Zentr. 785 (803), Soz. 140 (206), Deutschnat. 16 (17), Demokr. 27 (43), Volkspartei 9 (17).

Bezirk 7. Zentr. 456 (518), Soz. 258 (303), Demokr. 18 (6), Deutschnat. 31 (30), Volkspartei 15 (28).

Bezirk 9. Zentr. 802 (845), Soz. 171 (228), Demokr. 49 (32), Deutschnat. 51 (66), Volkspartei 43 (44).

Bezirk 10. Zentr. 546 (579), Soz. 278 (332), Demokr. 14 (1), Deutschnat. 11 (27), Volkspartei 5 (14).

Aus dem Kreise.

Anholt. Von 993 Wahlberechtigten wählten 917. Es erhielten Zentrum 732 (746), Soz. 124 (128), Demokraten 31 (32), Deutschnat. 25 (28), Volksp. 1 (0), Christl. Soz. 0 (6), ungültig 4.

Barlo. 342 Wahlberechtigte, 338 Wähler (333), sämtlich Zentrum (Zentrum 327, Deutschnational 1, Soz. 1, Volkspartei 2).

Lowick. Von 361 Wahlberechtigten haben 345 gewählt und zwar Zentrum 335 (340), Soz. 9 (14), ungültig 1.

Stenern. 282 Wahlberechtigte. Zentr. 240 (235), Soz. 26 (32), Demokr. 3 (2), ungültig 2.

Spork. Zentr. 262 (275), Soz. 1 (16), Deutschnat. 30 (34), Volksp. 3 (0).

Holtwick. 205 Wahlberechtigte. Abgegebene Stimmen 194, davon Zentr. 189 (183), Soz. 2 (6), Deutschnat. 1 (6), Demokr. 2 (0).

Liedern. Zentrum 324 (333), Soz. 1 (1).

Mussum. Zentr. 363 (371), Soz. 2 (5), Christl. Soz. 5 (2), Demokr. 2 (0), ungültig 1.

Biemenhorst. Zentrum 198 (198), Deutschn. 18 (12), Soz. 26 (35), ungültig 4.

Schüttenstein. Zentrum 152 (156), Deutschn. 8 (8), Soz. 6 (3).

Hemden. Von 286 Wahlberechtigten wählten 272, davon 266 Zentrum (267), Soz. 0 (1), ungültig 6.

Rhede. Zentr. 957 (969), Soz. 125 (135), Deutschnat. 14 (11), Demokraten 12 (12).

Altrhede. Zentr. 262 (263), Soz. 23 (24), ungültig 2 (2).

Krechting. Zentr. 162 (160), Soz. 8 (16), Demokr. 4 (0).

Vardingholt. Zentr. 563 (557), 3 ungültig.

Crommert. Zentr. 311 (322), Soz. 7 (6), 2 ungültig.

Dingden. Zentr. 1120 (1141), Soz. 45 (39), Deutschnat. 7 (12), Volksp. 14 (11), ungültig 2 (4). Es wählten 97 Prozent.

Rhedebrügge. Zentr. 263 (266), Soz. 2 (0), ungültig 2. Wahlberechtigte 293.

Raesfeld. 1120 Wahlberechtigte. Gewählt 1088. Zentrum 1061 (1050), Soz. 1 (0), Demokraten 23 (2), Volkspartei 1 (0), Deutschn. 0 (24).

Kleinreken. Wahlberechtigt 290, davon haben 284 gewählt, Zentr. 247 (247), Soz. 30 (35), Demokraten 6 (3), Deutschnat. 0 (3), Volkspart. 0 (1).

Großreken. Wahlberechtigte 1658, gewählt 1440, Zentr. 1317 (1379), Soz. 77 (78), Deutschnat. 13 (9), Volkspartei 5 (10), ungültig 2.

Ramsdorf Stadt. Wahlberechtigt 433, gewählt 390. Zentr. 362, Soz. 26, Demokr. 1, Volkspartei 1.

Ramsdorf Kirchspiel. Wahlberechtigt 710, gewählt 630. Zentr. 604, Soz. 21, Demokr. 1, Volksp. 4.

Homer. Wiederum 100 Zentrumsstimmen bei 100 Wahlberechtigten.

Hoxfeld. Zentr. 260 (264), Soz. 0 (1), 1 ungültig.

Borkenwirthe. Zentr. 575 (592), Soz. 0 (8), Deutsche Volksp. 16 (22).

Wesecke. Zentr. 886 (903), Soz. 22 (22), Deutschn. 3 (0), Demokraten 3 (3), Volksp. 2 (0).

Dorsten. Stadt. Wahlberechtigt 3490. Abgegebene Stimmen 3264. Zentr. 2520, Soz. 476, Deutsche Volkspartei 189, Deutschnat. 35, Demokraten 42, ungültig 6.

Agitationsbez. Dorsten. Herrlichk. Lembeck, Altschermbeck usw. 11 753 abgegebene Stimmen. Zentr. 9107, Soz. 2036, Deutsche Volkspartei 404, Deutschnat. 87, Dem. 93. 456 Wähler weniger gewählt. Zentr. 370 verl., Soz. 50 gew., Dtsche. Volksp. — 92, Deutschnat. — 44, Dem. — 16.

Neueste Telegramme.

TU. Berlin, 26. an. Der TU. wird aus Schneidemühl berichtet: In der Nähe von Schneidemühl nichts Neues. Die Organisation der Abwehrtruppen ist vollendet. Patrouillenkämpfe bei Miale, bei Kreuz und an der Strecke Kreuz-Posen, wobei ein deutscher Panzerzug wirksam ins Gefecht eingriff.

TU. Amsterdam, 26. Jan. Aus London wird gemeldet: Der italienische Ministerpräsident Orlando und Leon Bourgeois im Namen Frankreichs unterstützten warm den Antrag betreffend den Völkerbund. Die Vertreter der Großmächte im Ausschuß für den Völkerbund sind für die Ver. Staaten Wilson und Oberst House, für Großbritannien Churchill u. Smuths, für Frankreich Bourgeois und Larnaude, für Italien Orlando und ein weiterer Vertreter, für Japan Burggraf Chica und Ochini.

TU. Genf, 26. Jan. Aus Paris wird gemeldet: Nach einer Havasmeldung richtet sich Wilsons Mahnung an die Völker von Gewalttaten, um auf diesem Wege zur Erfüllung ihrer nationalen Hoffnungen zu gelangen, in der Hauptsache gegen die Polen, die nicht nur gegen die Bolschewisten, sondern auch gegen die Deutschen kämpfen. Aber auch die Tschechen und die Jugoslawen warnt er vor gewaltsamer Besetzung von Gebieten.

TU. Genf, 26. Jan. Aus Paris wird gemeldet: Gestern beschäftigte sich die Versammlung der Großmächte mit der Frage der Kolonien im Stillen Ozean. Insbesondere machten die Vertreter der britischen Kolonien zu dieser Frage längere Bemerkungen. In der nächsten Woche wird die Frage der deutschen Schutzgebiete in Afrika besprochen.

TU. Basel, 26. Jan. Nach einem Newyorker Bericht des amerikanischen Pressedienstes sagt die Associated Preß, daß die amerikanische Abordnung eine Milderung der deutschen Blockade zugesagt hat und daß diese Frage in der Friedenstagung aufgeworfen werde. — Lichnowsky hat ein Gesuch an die Verbündeten gerichtet, bei der Bestimmung der französischen Grenze gerecht zu sein. Mit besonderer Betonung erklärte er auch, daß die Polen und Tschechen kein Recht auf deutsches Gebiet hätten. Er erwarte, daß Großbritannien und Amerika Gerechtigkeit walten lassen.

Eine Sicherheitswache totgeschossen.

WTB. Berlin, 24. Jan. Eine schwere Bluttat verübten unbekannte Einbrecher heute morgen in Königswusterhausen. Die Funker Ahle und Hallstein von der Garde-Nachrichten-Abteilung in Berlin-Treptow waren zum Sicherheitsdienst nach Wildau befohlen und überwachten dort den Bahnhof. Hier faßten sie drei Einbrecher, die während des Transportes über die Sicherheitswache herfielen, sie tot schossen und darauf entflohen.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil Jos. Hobaß, und Anzeigenteil Franz Heggen, sämtlich in Bocholt. für das Feuilleton H. Temmina, für den Reklame-

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen 1½ Uhr unsere liebe, gute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Frau Ww. Wilh. Bangen

Maria geb. Ferié

zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Sie starb nach längerer, geduldig ertragener Krankheit, wohlvorbereitet durch einen christlich-frommen Lebenswandel und gestärkt durch den andächtigen Empfang der hl. Sterbesakramente im 73. Lebensjahre.

Wir bitten, der Seele der lieben Verstorbenen im Gebete zu gedenken.

Rhede und Bocholt, den 25. Januar 1919.

Die trauernden Angehörigen.

Das feierliche Seelenamt findet statt am Dienstag, dem 28. Januar, morgens 8½ Uhr in der Pfarrkirche zu Rhede, darauf die Beerdigung, wozu freundlichst eingeladen wird.

Bekanntmachung.

Auf Antrag der Stadt Bocholt soll die Entschädigung für die in nachstehendem Verzeichnisse aufgeführte, behufs Ausbau einer Straße zu enteignende Grundfläche gemäß § 24 ff des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 im Enteignungsverfahren festgestellt werden.

Zur Verhandlung mit dem Eigentümer und etwaigen Nebenberechtigten habe ich Termin an Ort und Stelle

auf Dienstag, den 11. Februar ds. Js., vormittags 10½ Uhr

angesetzt.

Die Beteiligten werden hierzu unter der Verwarnung vorgeladen, daß bei Ausbleiben der Geladenen ohne deren Zutun die Entschädigung wird festgestellt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung der letzteren wird verfügt werden.

Bezeichnung des Grundstückes	Name des Eigentümers nach dem Grundbuche	Kulturart	Größe der ganzen Fläche Ar.	qm.	Größe der abzutretenden Fläche Ar.	qm.	Größe des Restgrundstücks Ar.	qm.
1) Bocholt Flur 50 Parzelle 171 und Parzelle 172	Wwe. Johann Elsinghorst in Bocholt	Wohnhaus nebst Anbau Hofraum	2	11 26		42 07	1	69 19
2) Bocholt Flur 50 Parzelle 434/111 usw. Bocholt Flur 49 Parzelle 160/35 usw.	Holzhändler Gebr. Johann und Alois Mayland in Bocholt	Hofraum dto.	44 20	13 06		53 33	43 19	60 73

Borken den 21. Januar 1919.

Der Kommissar.
Graf von Spee, Landrat.

Jungfrauen-Kongregation St. Georg.

Dienstag, den 28. Jan. morgens ½7 Uhr hl. Messe für die † M. Krasenbrink. Mittwoch 6¾ Uhr für die † Kath. Becking.

Kath. Gesellenverein BOCHOLT.

Montag, den 27. Januar, abends 9 Uhr, wollen die **Mitglieder der Theaterabteilung** und diejenigen, welche beim nächsten Familienabend mitspielen wollen, pünktlich erscheinen.

Der Vorstand.

Deutsche Turnerschaft.

Kreis VIIIb. Auftakt.

Turnverein Bocholt e. V.

Die Turnstunden finden vorläufig im Vereinslokale, „Bürgerkrug", statt.

Nächste Turnstunde für die **Männer-Abteilung:** Dienstag, den 28. Januar, 8½ bis 10 Uhr; für die **Frauen-Abteilung:** Montag, **den 3. Februar,** 8½ bis 10 Uhr.

Der Turnrat.

Staats-Eisenbahn-Verein.

Nachruf.

Am 23. Januar 1919 verschied unser treues Vereinsmitglied, der

Weichensteller I Kl.

Heinrich Dachmann

im Alter von 60 Jahren.

Die Beerdigung findet am 27. Januar, nachmittags 4 Uhr in Hamminkeln statt, wozu die Mitglieder freundlichst eingeladen werden.

Der Vorstand.

†

Das Jahres-Seelenamt

für die verstorbene

Frau Johann Onstein

findet statt am Dienstag, dem 28. Januar, morgens 8½ Uhr in der Liebfrauenkirche, wozu Verwandte und Bekannte freundlichst eingeladen werden.

†

Das Jahresseelenamt

für den verstorbenen Herrn Apotheker

Wilhelm Reygers

und den auf dem Felde der Ehre gefallenen

Karl Reygers

findet statt am Dienstag morgen ½9 Uhr in der St. Georgskirche, wozu freundlichst eingeladen wird.

Bei

Hals- u. Lungenleiden

aller Art, wie Katarrhen, tuberkulösen Erkrankungen, Asthma u. s. w. empfehlen wir Ihnen unser bestbewährtes

Rotolin-Pillen

In jahrelanger Praxis — vorzügliche Erfolge.

Husten, Verschleimung, Auswurf,

Nachtschweiß, Stiche im Rücken u. Brustschmerz hören auf; Appetit u. Körpergewicht haben sich rasch; allgemeines Wohlbefinden stellte sich ein. — Erhältlich die Schachtel zu 2.50 M. in allen Apotheken; wenn nicht vorrätig, auch direkt von uns durch unsere Versandapotheke.

Ausführliche Broschüre kostenlos durch:

Plocty & Cie., Berlin SW. 68.

Ständige Niederlage in **Bocholt: Löwen-Apotheke.**

1 Ofen, 1 Gasherd, 1 Mangel, mehr. Gaslampen für Laden oder Schaufenster hat abzugeben.

Fritz Hendriks, Ravardtstr. 35.

Ein Paar guterhaltene

Reitstiefel

(Größe 29) abzugeben.

Münsterstraße 40.

Für meinen Haushalt (3 Personen)

Mädchen

für Küche und Hausarbeit gesucht.

Frau Albersheim, Markt 2.

Braves, kath.

Mädchen

in bürgerlichem Haushalt zum 1. Mai gesucht.

Näheres Geschäftsstelle

Zum 1. Mai oder früher ein tüchtiges

Mädchen

vom Lande für kl. Haushalt (2 Personen) gesucht. Selbiges muß in Gartenarbeit bewandert sein und melken können. Gelegenheit zur Erlernung der Küche wird geboten. Zu erfr. bei

Fritz Hendriks, Ravardtstr. 35.

Kath., prop., ehrliches

Mädchen

oder kinderlose Frau für Küche und Hausarbeit sofort gesucht. Guter Lohn und gute Behandlung wird zugesichert.

Näheres Geschäftsstelle.

Suche für meine 18jähr. Tochter

Lehrstelle

in Kurz-, Manufaktur- od. ähnlichem Geschäft bei kürzerer Lehrzeit.

Näheres Geschäftsstelle.

Ein 17jähriger

Junge,

der sämtl. vorkommenden Arbeiten auf dem Lande verrichtet und mit Pferden umgehen kann, sucht Stelle.

Näheres Nömerstr. 29.

3–4 Zimmer-Wohnung

sofort zu vermieten.

Krechlinger Straße 33.

Wohn- oder Geschäftshaus

in der Nähe der Georgiuskirche zu kaufen gesucht.

Off. m. näh. Bezeichnung u. Preisang. erb. u. **B 405.**

2–3 Zimmer

zum 1. März oder April von alleinstehender Dame inmitten der Stadt zu mieten gesucht.

Offerten unter **C 32** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Großer Transport schwerer u. leichter

Ackerpferde

darunter mehrere tragende Stuten sowie einige Hengste

zu verkaufen.

Homberg, Dingden.

Aus dem Felde zurück!

Zahnarzt Pottmeyer

Bocholt, Osterstraße 13

Sprechstunden: 9—12½ u. 2—5 Uhr.

Möbelbeschaffungsamt der Stadt Bocholt.

Verkaufszeiten:

Dienstag nachmittags von 2—5 Uhr, Donnerstags nachmittags von 2—5 Uhr im Verkaufslokale Lagerräume der Firma Steiner & Sarrazin, Ostwall.

Der Erste Bürgermeister.

Für die bis heute abend im Gaswerk nicht eingelösten Kohlenmarken für die Nummern bis einschl. 12 werden am **Donnerstag, dem 30. Januar,** vorm. von 8,30—12 Uhr und nachmittags von 2—5 Uhr noch **Kohlen** verabfolgt.

Nach dieser Zeit verfallen die Marken bis einschl. Nr. 12.

Bocholt, den 25. Januar 1919.

Die Ortskohlenstelle.

Erklärung.

Im Auftrage der Bocholter Arbeitskollegen, die in Walsum beschäftigt sind, erklären wir, daß unsere genauen Nachforschungen ergeben haben, daß alle Verdächtigungen, die gegen die Bocholter Gewerkschaftssekretäre, besonders gegen den Herrn Otte ausgestreut wurden, unwahr sind

Josef Schmitz, H. Leiting
Mitglieder des Arbeiterausschusses der Walsumer Arbeiter.

Leinen, Kleidungsstücke, Militärstoffe, Wollgarn

usw. werden von uns

echt gefärbt und umgefärbt.

Annahmestellen:

Wwe. Herm. Leiting, Bocholt, Nobelstraße, Theodor Giesing, Werth.

Gebrüder Böggering, G. m. b. H., Lowick bei Bocholt.

Ein Junge

von 15—16 Jahren, der mit Pferden umgehen kann, gesucht.

Bismenhorster Weg 20.

POAL

zur Vertilgung von Ratten und Mäusen.

Drogerie Bruns, Nordstr 28 Fernruf 118

Carbid,

grobkörnig 25/50, in Trommeln à 100 Kg. hat abzugeben

Johann Breitenstein
G. m. b. H.,
Emmerich a. Rh.

Suche alsbald ein älteres, evangl. Fräul oder Kriegerswitwe ohne Kinder als

Haushälterin

zwecks späterer

Heirat.

Näheres Geschäftsstelle.

Ladenlokal

mit oder ohne Wohnung zum 15. April oder später zu vermieten.

Konditorei Lindenberg, Ravardtstr. 24.

Einfamilienhaus

(Beamtenwohnung)

mit kleinem Garten in der Nähe des Amtsgerichts ist unter äußerst günstigen Bedingungen zu kaufen.

Aug. Vallée, Baugeschäft.

Junges Ehepaar sucht **2 freundl. möbl.**

Zimmer

mit Kochgelegenheit.

Offerten unter **C. 33** an die Geschäftsstelle.

Zum 1. März oder April von einer ruhigen Familie eine

Arbeiter-Wohnung

von 4 bis 5 Räumen mit etwas **Garten** oder **Ackerland** zu mieten gesucht.

Näheres Geschäftsstelle

Möbliertes

Zimmer

mit **Morgenkaffee** zu mieten gesucht.

Offerten unter **B. 70** an die Geschäftsstelle.

Jambolin

hervorragend bewährte Poliermasse für Linoleum und Holzfußböden u. Möbel.

Sparsam im Gebrauch.

Zu haben bei

Frau Hillsmann, Neustr. 23.

Es sind noch einige neue

Schiebkarren

mit und ohne Rad vorrätig.

Franzstr. 5.

Ein Gasofen

und ein schönes

Vertikow

(poliert)

zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Iltisse, Marder, Füchse, Ottern, Wiesel (weiß)

kauft ständig

Everh. Heissen, Kürschnerei. Bocholt.

Eine geräumige

Werkstatt

evtl. mit Laden im Mittelpunkte der Stadt gelegen, zu mieten gesucht.

Off. unter **B 68** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Das den Erben Theodor Herding gehörige

Grundstück

ca. 300 Ruten groß, im neuen Esch gelegen,

verkaufe

ich ganz oder geteilt, vorbehaltlich der Genehmigung des Erben. Angebote erbeten.

Max Herding.

Wer liefert 60—100 Festmeter

Pappeln.

Schriftl. Angebote mit Preis unter B. 63 an die Geschäftsstelle

1000 Pfund

Runkeln u. Steckrüben

zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Ein Gut

von 30—60 Morgen für sofort oder Mai

zu pachten gesucht.

Offerten unter **B. 69** an die Geschäftsstelle.

Neuausführung, Reparaturen und Instandsetzung elektrischer Anlagen, Motoren und Dynamos.

H. Hochgartz Ravardtstraße 30.

1 Schmiergelscheibe, 380×40×50, **25 Meter Federstahldraht,** 2½ m/m, **65 Meter isol. Kupferdraht, 1 elektr. Tischlampe, Bohrknarren, Wasserw.** (Eisen u. Holz), **Weidenkörbe** (50 Ltr. halt.), **4 geh. Bohlen,** 45 m/m zu verkaufen.

Hildmann, Münsterstr. 72.

Fast neuer

Teppich

(2,60×3,30) preiswert zu verkaufen.

Näh. Geschäftsstelle.

Eine sechsjährige

Stute

und einen **Doppelpony** gleichen Alters, **beide Luxustiere,** zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Habe sechs gute

Doppelponys

zu verkaufen.

Gerhard Ackermann, Blumenkamp b. Wesel, Nähe d. Haltestelle Blumenk.

Soldatenmantel

gefunden.

Kirchstraße 15.

Am Freitag abend auf der Post ein

Portemonnaie mit großem Inhalt verloren.

Wiederbringer erhält gute Belohnung. **Osterstr. 57.**

Am Samstag - morgen eine gute

Pferdedecke

vom Wagen gestohlen. Um deren Rückgabe wird dringend gebeten, da sonst Anzeige erfolgt.

Wilhelm Rotten, Sport.